

06. März 2008

Anfrage

der Abgeordneten Morak
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
betreffend „**Erhöhung der ORF-Gebühren**“

In den vergangenen Tagen und Wochen wurde die Teuerungswelle intensiv diskutiert. Einen Anteil an der steigenden Inflation hat unter anderem auch die erneute Erhöhung der ORF-Gebühren. Jeder Haushalt mit einem empfangsbereiten Fernsehgerät muss jetzt 181 Euro/Jahr an den ORF zahlen. In der Stiftungsrats-sitzung vom 02.02.2008 wurde mit einer knappen Mehrheit mit 16 Stimmen eine ORF-Gebührenerhöhung um 9,4 Prozent beschlossen. Der ORF erhält dadurch im Jahr 2008 rund 23 Mio. Euro, ab dem Jahr 2009 jährlich rund 41 Mio. Euro mehr an Programmentgelten. Diese Erhöhung war aufgrund der hohen, beim ORF vorhandenen, Rücklagen von ca. 90 Mio. Euro nicht zwingend notwendig und wurde von vielen Seiten kritisiert. Das ORF-Programmentgelt steigt durch die Erhöhung pro Monat und Haushalt um 1,30 Euro netto. Inklusiv der steigenden Länderabgaben und Bundesanteile kommt man auf einen Betrag bis zu 24 € pro Monat. Trotz dieser erheblichen Erhöhung des ORF-Programmentgelts fehlt laut kolportierten Aussagen des ORF-Stiftungsrates eine umfassende Strategie für die Zukunft des ORF.

Beschäftigte der Arbeiterkammer, die wohl auch dem Konsumentenschutz verpflichtet sein sollten, haben im Stiftungsrat, zur Verwunderung vieler, einer Erhöhung der Rundfunkgebühren zugestimmt. Rund ein Drittel der österreichischen Einkommensbezieher muss mit weniger als 1.000,-- Euro im Monat auskommen. Die angesprochene Erhöhung der ORF-Gebühren um ca. 20 Euro/Jahr trifft daher diese Personengruppe besonders hart. Neben der Teuerung bei Gas, Strom und Lebensmitteln stellt dies eine weitere erhebliche Belastung für viele Österreicherinnen und Österreicher dar.

Das Abstimmungsverhalten der Angehörigen der Arbeiterkammer in den Gremien des ORF ist den Bedürfnissen der Konsumenten und deren Schutzinteressen nicht zuträglich. Da Sie sich in der jüngeren Vergangenheit als Minister für Soziales und Konsumentenschutz oftmals in ökonomischen Fragen und Fragen der Armutsbekämpfung zu Wort gemeldet haben, verwundert es, dass sie nicht in dieser Angelegenheit ihre Stimme erhoben haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Wie stehen Sie grundsätzlich zum Thema Konsumentenschutz?
2. Wie beurteilen Sie aus konsumentenpolitischer Sicht das Abstimmungsverhalten der beiden Vertreter der Arbeiterkammer im Hinblick auf die Gebührenerhöhung im ORF-Stiftungsrat?

3. Halten Sie es aus sozialpolitischer Sicht für richtig, dass kleinere Einkommensbezieher, die nur knapp nicht in den Genuss einer Rundfunkgebührenbefreiung kommen, jetzt pro Jahr im österreichischen Durchschnitt etwa 20 Euro mehr für den ORF bezahlen müssen?
4. Viele Pensionistinnen und Pensionisten fallen nicht unter die Gebührenbefreiung und spüren daher die Gebührenerhöhung des ORF besonders schmerzhaft in ihrer Geldbörse. Wie stehen Sie dazu, dass ein Monat nach der gewährten Pensionserhöhung ein beträchtlicher Teil davon wieder zugunsten erhöhter ORF-Gebühren aufgebraucht ist?
5. In den vergangenen Tagen wurde immer wieder berichtet, dass Sie als Sozialminister eine Einmalzahlung von 100,-- Euro für kleinere Einkommensbezieher fordern. Wie stehen Sie zu einer ORF-Gebührenerhöhung, die ein Fünftel dieser Zahlung sofort wieder aufbraucht?
6. Wie erklären Sie sich, dass auch die Arbeiterkammer und ihre Konsumentenschutzgremien, sowie der Verein für Konsumenten-Information keine Stellungnahme zu dieser Thematik abgegeben haben?
7. Ist Ihnen in ihrer Funktion als Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz bewusst, dass diese Gebührenerhöhung auch zu einem Anstieg der Inflationsrate beiträgt?
8. Wie beurteilen Sie dieses Faktum?
9. Sie haben in der jüngeren Vergangenheit durch Ihre Stellungnahmen eine breit angelegte Auffassung von sozialer Verantwortung gezeigt. Warum schweigen Sie hier als Minister für Soziales und Konsumentenschutz, wenn eine massive Gebührenerhöhung vorgenommen wird?
10. Sollten Sie als zuständiger Minister nicht gegen jedwede Form von Gebührenerhöhungen und Verteuerungen zulasten der Konsumentinnen und Konsumenten eintreten?

As bay
M. Sch
P. Sch
C. Sch
C. Sch